

Rudolf Scharping – eine Chronologie des Versagens

Rudolf Scharping gilt zu Recht als einer der schwächsten Bundesminister, den diese Republik je hatte. Mittlerweile über dreieinhalb Jahre im Amt, muss man konstatieren, dass der Sozialdemokrat von einem Fettnäpfchen zum nächsten stolpert und keine Möglichkeit auslässt, die Verteidigungspolitik Deutschland durch Pannen und Ungeschicklichkeiten zu diskreditieren. Verteidigungsminister Rudolf Scharping hat in den vergangenen dreieinhalb Jahren nicht nur dem Ansehen des von ihm bekleideten Amtes, sondern auch der Glaubwürdigkeit und dem guten Ruf Deutschlands bei unseren Verbündeten Schaden zugefügt.

Bundestagswahl 1998: Scharping will SPD-Fraktionsvorsitzender bleiben

1998 will Rudolf Scharping nicht das Amt des Verteidigungsministers übernehmen, sondern lieber Fraktionsvorsitzender bleiben. Erst nach dem Versprechen des Bundeskanzlers, der Verteidigungsetat werde nicht gekürzt, geht er auf die Hardthöhe. Schröder wörtlich: „Bei der Bundeswehr ist so viel gekürzt worden – die stoßen schon mit dem Helm an die Decke“ (Bild Zeitung, 23.10.1998). Die Bundeswehr solle angesichts der Auslandseinsätze finanziell nicht „bluten“ (Spiegel Online, 22.07.1999).

Es dauert jedoch nicht lange, bis der Bundeskanzler sein Versprechen bricht. Finanzminister Eichel streicht den Wehretat für das Jahr 2000 von 47,0 Milliarden DM um 3,6% auf 45,3 Milliarden DM. Im Vergleich zur letzten mittelfristigen Finanzplanung der CDU-geführten Bundesregierung entzieht Rot-Grün der Bundeswehr binnen vier Jahren fast 10 Milliarden €.

Gleichzeitig muss die Bundeswehr in zunehmenden Maße Auslandseinsätze bewältigen, diese mit stetig veralterndem Material bestreiten und finanzielle Einbußen hinnehmen, während sie zugleich vor einer tiefgreifenden Reform steht. Die Soldaten müssen erkennen, dass ihr oberster Dienstherr weder die politische noch die persönliche Durchsetzungskraft hat, um sich beim Bundeskanzler das notwendige Gehör zu verschaffen. Nach Aussage von Offizieren ist die Bundeswehr in eine „der heikelsten Lagen in ihrer Geschichte geraten“ (Spiegel Online vom 22.07.1999).

Der Anteil des Verteidigungsetats am Gesamthaushalt fiel von 10,26 % im Jahr 1998 auf 9,54 % im laufenden Jahr. Ohne die zusätzlichen 1 Mrd. € für Auslandseinsätze

der Bundeswehr sowie die ca. 760 Mio. € aus dem „Anti-Terrorpaket“ im laufenden Jahr wäre der Verteidigungsetat noch dramatischer eingebrochen. Scharping hat es nicht geschafft, den Investitionsanteil im Verteidigungsetat spürbar anzuheben. Vom angepeilten Ziel 30 % ist Scharping meilenweit entfernt (z.Z. 22,14%). Demgegenüber blieben die Personal- und Betriebsausgaben auf konstant hohem Niveau, werden in diesem Jahr voraussichtlich sogar weiter ansteigen.

Scharping ignoriert Ergebnisse der Weizsäcker-Kommission

Nach seinem Amtsantritt lässt Scharping seinen Planungschef, Harald Kujat, einen Bericht zur Situation der Bundeswehr anfertigen. Fazit: „Die Bundeswehr steht vor der Wand“ (Spiegel 35/2001). Es fehlen Mittel für Ausbildung, Ausrüstung, Manöver, Ersatzteile und Reparaturen. Nach dieser Bestandsaufnahme beruft der Verteidigungsminister eine unabhängige Reformkommission unter der Leitung von Alt-Bundespräsident Richard von Weizsäcker ein. Gleichzeitig erarbeitet der Generalinspekteur der Bundeswehr, Hans Peter von Kirchbach, ein Papier zur Zukunft der Streitkräfte.

Scharping erklärt: „Endgültige Entscheidungen werden wir treffen, nachdem der Bericht der Kommission unter Vorsitz Richard Weizsäckers vorliegt“. Zur Arbeit der Kommission und zu dem Reformpapier Kirchbachs sagt Scharping: „Da wird gute Arbeit für die Bundeswehr geleistet. Prinzipielle Unterschiede in den Vorschlägen erwarte ich nicht“ (Wirtschaftswoche Nr. 16, 13.04.2000).

Doch als die Reformvorschläge der Expertenkommission im Mai veröffentlicht werden, landen sie umgehend in der Schublade. Die Weizsäckerkommission verlangt für die Bundeswehrreform eine Anschubfinanzierung von mindestens zwei Milliarden Mark. Von der rot-grünen Koalition wird diese Forderung in den Wind geschlagen. Scharping schenkt auch Kirchbachs Reformpapier keine Beachtung. Im Inforadio Berlin sagt er, er wolle in Kenntnis dieser Vorschläge einen „wohlbegründeten eigenen Vorschlag machen, der die Zukunft der Bundeswehr für die nächsten 15 bis 20 Jahre sichert und ihre Mängel beseitigt“ (Süddeutsche Zeitung, 09.05.2000). Daraufhin bittet der Generalinspekteur der Bundeswehr, Hans Peter von Kirchbach, um seine Entlassung. Er wird zum 01.07.2000 von Harald Kujat abgelöst. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung schreibt: „Es gilt als offenes Geheimnis, dass Kirch-

bach deshalb seinen Rücktritt eingereicht hat, weil er sich von seinem Minister im Stich gelassen gefühlt habe“ (15.06.2000).

Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb (GEBB)

Mit der Gründung der Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb (GEBB) unter der Leitung der vormaligen Berliner Finanzsenatorin Dr. Annette Fugmann-Heesing (SPD) am 22. August 2000 beschreitet der Verteidigungsminister Neuland. Das Stichwort heißt Privatisierung: Die GEBB „spielt eine entscheidende Rolle bei der Erneuerung der Bundeswehr von Grund auf“ (Pressemeldung XXXVII/88 Bundesverteidigungsministerium, 31.08.2000). Ein Hauptziel der GEBB ist die Erwirtschaftung von Erlösen aus dem Liegenschaftsverkauf sowie von Einsparungen durch Kooperationen mit der Privatwirtschaft. Damit sollen dringend notwendige Investitionen und Beschaffungen finanziert werden.

Der eingeplante Geldsegen bleibt aus. Für das Jahr 2001 rechnet Scharping mit 500 Millionen € aus den Tätigkeiten der GEBB. Das reale Ergebnis: 111 Millionen €, 77,8 % am Ziel vorbei. Nicht nur diese Zahlen rücken die GEBB in die öffentliche Kritik, sondern auch die hohen Gehälter der Geschäftsleitung. Die Geschäftsführerin der GEBB, Dr. Annette Fugmann-Heesing, soll ein Jahresgehalt in Höhe von 600.000 Mark (plus Erfolgsbeteiligung bis zu 200.000 Mark) erhalten (Berliner Morgenpost, 24.06.2001). Es wird der Vorwurf laut, die GEBB diene als Auffangbecken für ausgediente Sozialdemokraten. Doch nachdem der Erfolg ausbleibt, verlässt Fugmann-Heesing am 22.11.2001 die GEBB. Allerdings wartet sie noch den SPD-Parteitag ab, um die Wiederwahl Scharpings als SPD-Vize nicht zu gefährden.

Auch in diesem Jahr wird die GEBB Scharpings Erwartungen kaum erfüllen. Für das laufende Haushaltsjahr hat der Verteidigungsminister ca. 600 Millionen € aus Erlösen der GEBB eingeplant – eine unrealistisch hohe Summe. Eine entscheidende Säule der von Anfang an unterfinanzierten Bundeswehrreform Scharpings bricht weg.

„Dienst- oder Urlaubsreise“ - Scharping im Nahen Osten

Schon vor der Reise des Ministers in den Nahen Osten (17. - 23.12.2000) meldet der deutsche Botschafter in Ägypten, Paul Freiherr von Maltzahn an das Auswärtige Amt,

kurz nach der Visite des Kanzlers lasse der Besuch Scharpings „hier Fragen nach dem Besuchszweck aufkommen“ (Spiegel 2/2001).

Dem Bürger bleibt von dieser Reise ein mit seiner neuen Lebensgefährtin, Kristina Gräfin Pilati-Borggreve, turtelnder Scharping vor ständig wechselnder Kulisse in Erinnerung – vor den Pyramiden von Gizeh oder in Luxor am Nil. Scharping gibt als Begründung für die Anwesenheit seiner Lebensgefährtin den Wunsch der Ägypter nach Damenbegleitung an. So hätten die Gastgeber ihre Frauen auch nicht zu Hause lassen müssen. Laut „Spiegel“ eine ungewöhnliche Begründung, da die Frauen in islamischen Ländern traditionell eher getrennt von ihren Männern speisen. Daher ist der Hinweis Scharpings: „So ist das angenehmer – für mich auch“ (Spiegel 2/2001) wohl eher zutreffend. In Deutschland wird es als „ein ungewöhnlicher Vorgang“ bezeichnet, dass ein Minister bei einer solchen Mission eine „nicht angetraute Partnerin“ mitnimmt (DPA, 10.01.2001).

Außenminister Joschka Fischer lässt zur Bilanz von Scharpings Reise sarkastisch verlauten: „Wir sind beeindruckt von den Ergebnissen der Reise“ (Spiegel 2/2001). Der Bürger fragt sich – Dienst- oder Urlaubsreise?

„Boulevard Bio“

Kurz nach der Nahostreise geht der Minister mit seiner Lebensgefährtin in die Talkshow „Boulevard Bio“ (09.01.2001). Rudolf Scharping spricht über das Leben mit seiner neuen Partnerin, über die Liebe und seine Zukunftsvorstellungen. So lässt der Verteidigungsminister die Zuschauer wissen, wie sein Leben ohne Liebe verlaufen wäre: „Vor lauter Akten werde man da selber Akte, verstaubt, grau. Jahaha“ (Süddeutsche Zeitung, 11.01.2001). Er ziehe jetzt Grenzen und wolle Zeit haben, um „die Liebe mit Tina pflegen zu können“ (DPA-Meldung, 10.01.2001).

Bei Scharpings Auftritt in Bioleks Talkshow handelt es sich um eine Zurschaustellung seiner Beziehung zu einem völlig unpassenden Zeitpunkt, denn in der Öffentlichkeit und in der Bundeswehr findet zu dieser Zeit eine intensive Debatte über die Verwendung von Uran-Munition im Kosovokrieg statt. Diese wurde von US-Kampffjets eingesetzt. Man nahm – fälschlicherweise – an, sie könne durch ihre Strahlung gesundheitsschädigend sein.

Uran-Munition - Schlechtes Krisenmanagement Scharpings

Scharpings Umgang mit den Sorgen und Ängsten der Soldaten ist beschämend. Die „Financial Times Deutschland“ schreibt: „Statt die Ängste seiner verunsicherten Soldaten und deren Angehöriger ernst zu nehmen und sie von Beginn an über den Sachstand der Risiken zu informieren, gibt Scharpings Ministerium wichtige Informationen nur scheinbar heraus“ (23.01.2001).

Das Krisenmanagement ist katastrophal. Zu Beginn der öffentlichen Diskussion über die Uran-Munition weist Scharping empört die Vorwürfe der Gefährdung von Soldaten zurück (Spiegel, 4/2001). Nur zwei Wochen später reagiert er mit Empörung auf die Nachricht, dass die Uran-Munition auch Spuren von Plutonium enthalten habe. Nun fordert Scharping von den Amerikanern: „Absolute Aufklärung“ (Spiegel 4/2001). Scharping bestellt den amtierenden US-Botschafter ein, wozu der Verteidigungsminister nach der Geschäftsordnung der Bundesregierung nicht befugt ist (Süddeutsche Zeitung, 24.01.2001). Bei den Amerikanern treffen Scharpings Äußerungen auf Unverständnis. Ein Sprecher des amerikanischen Außenministeriums erklärt, dass sie bei Fragen der Uran-Munition „ganz offen“ gewesen sind: „Wir haben uns klar ausgedrückt“ (Spiegel 4/2001).

Letztlich stellt sich heraus, dass die Uran-Munition keine gesundheitsgefährdenden Auswirkungen hat. Zurück bleibt aber der Eindruck von einem überforderten Minister: Erst ignoriert Scharping die Sorgen der Soldaten, dann versucht er sich gegenüber den USA als starker Mann zu profilieren. Damit macht sich Scharping nicht nur lächerlich, er schadet zugleich den deutsch-amerikanischen Beziehungen.

Geschädigte Radarmechaniker der Bundeswehr

Mitten in der Uran-Debatte wird eine seit 2000 unter Verschluss gehaltene Studie über die Verstrahlung von Radarmechanikern bekannt. Zahlreiche Mechaniker, die in der Vergangenheit an Radaren arbeiteten, waren vermutlich durch deren Strahlung an Krebs erkrankt. Jahrelang kämpfte die Mehrzahl der erkrankten Radarmechaniker vergeblich darum, als wehrdienstbeschädigt anerkannt zu werden.

Nachdem das Thema publik wurde, erklärt ein Sprecher Scharpings: „Wir müssen klären, was versäumt wurde und wie den Betroffenen heute geholfen werden kann.“ Bei der Entscheidung über mögliche Wehrdienstbeschädigungen werde es eine „großzügige Regelung“ geben. Scharping selber kritisiert „die unakzeptable Dauer“

der Entscheidungen über Wehrdienstbeschädigungen (Tagesspiegel, 06.02.2001). Er setzt eine Untersuchungskommission ein, die feststellt: „In Einzelfällen sind Bundeswehrangehörigen, Soldaten und Zivilisten, unzweifelhaft durch Röntgenstrahlen von Radargeräten gesundheitliche Schäden zugefügt worden“ (Bericht des Arbeitsstabes Dr. Sommer, 21.06.2001, S. 84). Weiter heißt es: „Die Bundeswehr muss sich fragen lassen, ob sie ihre Angehörigen im Falle von Schädigungen, die im Dienst eingetreten sind, angemessen versorgt.“ (ebd., S. 88).

Doch ein Dreivierteljahr nach Bekanntwerden der Vorfälle muss der Deutsche Bundeswehrverband das Fazit ziehen: „Frust und Enttäuschung - vorsichtig ausgedrückt - herrschen unter den Soldaten, die durch ihre Tätigkeit bei der Bundeswehr ihre Gesundheit verloren haben und zum Teil vom Tode bedroht sind. ... Zu schleppend werden Anträge bearbeitet“ (Presseinformation Nr. 21/2001, 09.10.2001).

Am 26.03.2002 reichen die Radargeschädigten Klage gegen das Verteidigungsministerium ein, weil ihre Anträge auf Anerkennung als Wehrdienstbeschädigte noch immer äußerst zögerlich bearbeitet werden. Im Mai 2002 sind von etwa 2000 Personen, die sich als radargeschädigt gemeldet haben, vom Verteidigungsministerium lediglich fünf als wehrdienstbeschädigt anerkannt. Die Berliner Zeitung urteilt: „Doch selbst wenn Scharping vor Gericht gewinnen sollte: Moralisch hat er das Verfahren schon jetzt verloren. Mit großer Aufmerksamkeit dürfte in der Truppe registriert werden, dass das Wort des Ministers nichts wert ist, wenn man sich im Notfall auf ihn als Dienstherrn verlässt.“ (27.03.2002).

„Total verliebt auf Mallorca“ – Veröffentlichung in der „Bunte“

Während die Entscheidung über den Bundeswehreinsatz in Mazedonien bevorsteht, weilen Scharping und seine Lebensgefährtin Kristina Gräfin Pilati-Borggreve auf Mallorca, wo sie der Illustrierten „Bunte“ (23.08.2001) Einblicke in ihr Privatleben geben. Die Bunte titelt: „Total verliebt auf Mallorca“. Der Leser sieht das Paar in verschiedenen Posen. Küssend und sich umarmend im Grünen, als Pärchen auf einem Fahrrad oder bei Wasserspielen im Swimmingpool: Der Verteidigungsminister, wie er seine Lebensgefährtin „neckisch“ an den Füßen hält oder wie „Kristina ihrem Rudolf einen zärtlichen Kuss“ gibt.

Laut Bunte „erzählt ein entspannter Rudolf Scharping, dass er mehrmals mit seinem Ministerium telefoniert und mit Faxen bombardiert werde“. Weiter heißt es: „Selbst wenn er am Strand von Sa Rapita genüsslich Muscheln schlürft, müsse dazwischen mit dem Kanzler einiges zu Mazedonien besprochen werden“.

Als Bundeskanzler Schröder davon hört, reagiert er mit den Worten: „Das habt ihr doch erfunden! Oder?“ (Leipziger Volkszeitung, 27.08.2001).

Während ein Auslandseinsatz kurz bevorsteht, demonstriert der oberste Dienstherr der Bundeswehr sein Liebesglück. Ein General der Bundeswehr beschreibt die Situation treffend: „Im Kosovo munitionieren die Jungs gerade bei 33 Grad schwitzend die Panzer und Gewehre für den Mazedonien-Einsatz auf – und dann sehen sie, wie ihr Oberbefehlshaber im Pool mit der Geliebten schäkert“ (Spiegel 35/2001).

Scharping erklärt trotzig, er sei Verteidigungsminister, „das heißt aber nicht, dass ich mich zum Fachidioten reduzieren lasse“ (Die Welt, 27.08.2001). Dennoch muss der Sprecher des Verteidigungsministeriums und Leiter des Presse- und Informationsstabes, Dr. Detlef Puhl, am 01.10.2001 seinen Stuhl räumen. Tatsache ist aber, dass Puhl für die Vorkommnisse keine Verantwortung trägt, da Scharping und seine Lebensgefährtin die Publicity-Termine mit Alfred Biolek und der Bunten in eigener Regie vereinbart hatten (Spiegel 35/2001).

Flugaffäre – Flugbereitschaft der Bundeswehr statt Linienflüge

Nach der Sondersitzung des Bundestages zum Mazedonien-Einsatz am 29.08.2001 fliegt Minister Scharping mit der Flugbereitschaft von Berlin zurück nach Mallorca. Er wird begleitet von seinen Kabinettskollegen Otto Schily und Kurt Bodewig. Schily verlässt bereits bei einem Zwischenstopp in Pisa die Maschine. Bodewig fliegt mit nach Mallorca. Scharping jedoch hält sich nur 11 Stunden auf der Insel auf: Bereits am folgenden Morgen lässt er sich von der Flugbereitschaft und dem Generalinspekteur der Bundeswehr, Harald Kujat, der in Berlin gestartet war, zu einem Truppenbesuch in Skopje/Mazedonien abholen. Dieser 11-stündige Ausflug Scharpings zu seiner Lebensgefährtin hat laut Fokus (36/2001) rund 109.000 Mark gekostet. Eine teure Nacht für den deutschen Steuerzahler.

Scharping erklärt, die Flugbereitschaft wäre ohnehin mit Verkehrsminister Bodewig nach Mallorca geflogen. Hier lügt Scharping, denn Bodewig hatte bereits ein Ticket

für einen Linienflug. Das Verteidigungsministerium behauptet, nach der Bundestags-sitzung standen keine Tickets für Linienflüge nach Mallorca mehr zur Verfügung. Auch diese Aussage entspricht nicht der Wahrheit (Focus 36/2001).

30. August 2001 Von Mallorca geht es mit Generalinspekteur Kujat nach Mazedonien, nach dem Truppenbesuch wieder nach Mallorca, bevor dann der Generalinspekteur nach Berlin gebracht wird. Doch Scharping fliegt mit einer Maschine der Flugbereitschaft, die eigentlich für den CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz und den CSU-Landesgruppenvorsitzenden Michael Glos bestimmt ist, die bereits am Vortag die Truppe in Skopje besucht hatten und dann weiter nach Pristina gereist waren. In der von Scharping `requirierten´ Maschine befinden sich auch noch Akten und Terminpläne von Merz. Für Merz und Glos muss der Präsidentenairbus aus Berlin angefordert werden, um sie wieder nach Deutschland zu bringen.

Scharpings Verhalten stößt auf Kritik. Die Vorsitzende der Grünen, Claudia Roth, zeigt sich „irritiert, um es freundlich zu sagen“. SPD-Generalsekretär Franz Müntefering kommentiert die Mallorca-Flüge lediglich mit den Worten: „Die Flüge von Scharping waren rechtlich korrekt“ (Welt am Sonntag, 02.09.2001).

Ob Flüge zu seiner Lebensgefährtin mit dem Grundsatz der Nutzung der Flugbereitschaft vereinbar sind - „Nutzung der Flugbereitschaft nur noch, wenn das zur Ausübung der Amtspflicht unbedingt notwendig und finanziell vertretbar ist“ (Focus 36/2001) - kann jeder Steuerzahler für sich entscheiden.

Der Vorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbandes, Oberst Bernhard Gertz, sagt hierzu im Deutschlandfunk, Scharping habe das Vertrauen der Soldaten verspielt. Sein Verhalten sei für Soldaten, die während ihres sechsmonatigen Einsatzes auf dem Balkan nur einmal ihre Verwandten besuchen können, nicht nachvollziehbar. Gertz wörtlich: „Scharping sollte langsam erkennen, was die Glocke geschlagen hat“ (Financial Times Deutschland (online), 10.09.2001).

Doch der Kanzler erklärt, er sehe keinen Anlass, dass Scharping Probleme bekommen sollte (Financial Times Deutschland (online), 10.09.2001). Verständlich, denn Scharping wäre der achte Minister der Regierung Schröder, der vorzeitig sein Amt verlassen müsste. Doch der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Wolfgang Clement findet deutliche Worte für Scharpings Verhalten: „Wir alle sagen, der hat im Moment ´ne Macke“ (Stern, 37/2001).

Scharping – ein Sicherheitsrisiko

Während seiner Visite in Skopje am 30. August 2001 plaudert Scharping bei einer Pressekonferenz vor laufenden Kameras die Aufmarschrouten der Soldaten aus, die aus dem Kosovo nach Mazedonien verlegt werden sollen. Der Generalinspekteur, Harald Kujat, der während der Pressekonferenz neben dem Verteidigungsminister sitzt, kann nur mühsam die Fassung bewahren (Stern, 37/2001). Nach Scharpings Äußerungen muss die Aufmarschroute kurzfristig geändert werden, um der Gefahr von Hinterhalten zu entgehen und die Gefahr für die Soldaten zu minimieren.

Falsche Einschätzung Scharpings über den Eintritt des Bündnisfalls der Nato

Aufgrund des 11. Septembers 2001 verschwindet der Verteidigungsminister aus den Medien. In einem Kommentar der „Woche“ heißt es: „Er hätte der erste Kriegsgewinnler in George W. Bushs Kreuzzug gegen Bin Laden und Co sein können, schließlich verdrängten die Anschläge von New York und Washington die Diskussion um Scharpings Frankfurt- und Mallorca-Flüge. Doch durch unbedachte Plaudereien schafft es der Sozialdemokrat immer wieder, sich selbst in die Schusslinie zu manövrieren“ (26.10.2001).

Am 26. September verkündet Scharping im ARD-Morgenmagazin, die Nato werde an diesem Tag formell den Bündnisfall der Nato feststellen. Währenddessen treffen sich in Brüssel bereits die Verteidigungsminister der NATO-Staaten. Erst am Nachmittag kommt Scharping zur Tagung, wo man über dessen Äußerungen überrascht ist. „Dies sei ein informelles Treffen, musste sich der abwesende Minister durch Nato-Offizielle belehren lassen. Entscheidungen, schon gar so weitreichende wie den Kriegsfall für die Allianz, seien bei solchen Zusammenkünften naturgemäß nicht zu erwarten“ schreibt die „Welt“ (27.09.2001). Weiter heißt es dort: „Eine schallende Ohrfeige für den deutschen Minister, wenn auch diplomatisch verpackt“.

Der Bündnisfall nach Artikel 5 des Nato-Vertrages wird erst sechs Tage später ausgerufen. Die Berliner Zeitung urteilt: „Dem deutschen Verteidigungsminister gehen die Sicherungen durch. Er ist ein Sicherheitsrisiko.“ (28.09.2001)

Einsatz in Somalia – Scharping redet „Unsinn“

Am Abend des 18. Dezember 2001 spricht Scharping am Rande der Nato-Tagung in Brüssel mit Journalisten. Er erklärt, Somalia werde vermutlich das nächste Ziel amerikanischer Anti-Terroreinsätze sein. „Wer Somalia ausschließt, ist ein Narr. Natürlich wird da etwas passieren.“ Es gehe nicht mehr um die Frage ob, sondern nur noch wie und wann etwas geschehe (Süddeutsche Zeitung, 21.12.2001). Der Verteidigungsminister will nicht namentlich genannt werden, doch könne diese Information unter Berufung auf „deutsche Regierungskreise“ verbreitet werden. Aber die Financial Times Deutschland nennt Scharping am nächsten Tag als Quelle.

In Washington und Berlin sind die Reaktionen heftig. Andreas Michaelis, der Sprecher des Auswärtigen Amtes, spricht am 19.12.2001 – offenbar ohne den Urheber der Äußerungen zu kennen – von „den absonderlichsten Meldungen aus Brüssel“ (Süddeutsche Zeitung, 21.12.2001).

Der amerikanische Verteidigungsminister, Donald Rumsfeld, erklärt: „Oh, ich habe einen lustigen Bericht über irgendeinen Deutschen gesehen, der irgendetwas erzählt hat“ (Süddeutsche Zeitung, 21.12.2001). Er weist Scharpings Thesen als „Unsinn“ zurück und sagt: „Der Deutsche irrt. Er hat es wohl nicht so gemeint, und es tut ihm wahrscheinlich Leid. Aber er liegt total falsch“ (Die Welt, 21.12.2001).

Auf die Forderung des CSU-Vorsitzenden, Edmund Stoiber, Gerhard Schröder solle Scharping entlassen, da dieser die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik „bis auf die Knochen blamiert“, nimmt der Bundeskanzler seinen Minister erneut in Schutz. Schröder sagt zu den Worten des Verteidigungsministers („Wer Somalia ausschließt, ist ein Narr“), es sei hier „etwas hineingeheimnisst worden, was besser nicht hineingeheimnisst worden wäre“ (Handelsblatt, 21.12.2001).

Im Handelsblatt (21.12.2001) wird die Kritik an Scharping in einem Kommentar mit dem treffenden Titel „Wegtreten“ auf den Punkt gebracht: „Scharping ist längst nicht mehr nur ein innenpolitisches Problem. Er ist mittlerweile eine Gefahr für Deutschlands Ansehen in der Welt.“

„Wenn du fliegst, fliegst du.“

Während der Einsatz deutscher Truppen in Afghanistan kurz bevorsteht, will Rudolf Scharping über die Weihnachtstage in der Karibik Urlaub machen. Der Kanzler

bremst laut Tagesspiegel (22.12.2001) die erneute Reiselust mit den Worten: „Wenn du fliegst, fliegst du“.

Verheerendes Fazit über den Zustand der Bundeswehr

Am 30. Januar 2002 legt der Beauftragte für Erziehung und Ausbildung beim Generalinspekteur, Brigadegeneral Dieter Löchel, dem Verteidigungsminister seinen Jahresbericht 2001 vor. Obwohl dieser Bericht als geheim eingestuft ist, wird er publik – und dokumentiert die schlechte Lage der Bundeswehr nach drei Jahren politischer Führung durch Rudolf Scharping.

Hier heißt es: „Die Entwicklung der Streitkräfte wird allgemein mit großer Sorge betrachtet“ (Seite 28) und „die Innere Lage der Streitkräfte ist angespannt“ (S. 2). Löchel mahnt: „Die Truppe steht nicht mehr vorbehaltlos hinter der militärischen Führung. Geglaubt wird dem Führer, der durch seine persönliche Präsenz vor Ort ‚greifbar für die Männer‘ ist. Der politischen Leitung wird mit starkem Vorbehalt begegnet“ (S.2). Alarmierend sind die Äußerungen von Bundeswehrangehörigen: „Wir haben das Vertrauen in die politische Führung verloren und Zweifel, ob die Entscheidung, Berufssoldat zu werden, richtig gewesen ist“ (S. 6).

Löchel nennt die Überlastung der Truppe, die ständigen Planungsänderungen, die ausufernden bürokratischen Abläufe und die teilweise desolante Materiallage der Truppe, die sich auch auf die Qualität der Ausbildung niederschlägt. So heißt es im Bericht, „dass sich in vielen Bereichen die personellen und materiellen Rahmenbedingungen, unter denen der Ausbildungsauftrag durchgeführt werden muss, stetig verschlechtern“ (S. 12). Den „Streitkräften (wird) eine gesunkene Attraktivität attestiert.“ (S. 9).

Der stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbandes, Oberstabsfeldwebel a. D. Wolfgang Ostermeier, kommentiert den Löchelbericht mit den Worten: „Während Minister Scharping den Menschen stets das „wichtigste Kapital“ nennt, zeigt der Bericht sehr deutlich, wie fahrlässig damit umgegangen wird“ (Deutscher Bundeswehrverband, Presseinformation Nr. 2/2002).

Kommandeurtagung der Bundeswehr in Hannover

Auf der 39. Kommandeurtagung der Bundeswehr in Hannover vom 8. bis 11. April 2002 erklärt Rudolf Scharping, das „innere Gefüge der Streitkräfte (sei) intakt, stabil und auch belastbar“. Weiterhin warnt Scharping vor denen, die „Informationen über Defizite oder Mängel fälschlicherweise gleichsetzen mit dem Zustand der Bundeswehr“ (Rede am 08.04.2002).

Laut Süddeutscher Zeitung (09.04.2002) wird Scharpings Rede von anwesenden Kommandeuren als „schönfärberisch“ kritisiert. „Scharping habe seine Sicht der Welt dargelegt, die aber nicht die Welt der Streitkräfte sei.“

Auch Generalinspekteur Kujat kommt in seiner Rede auf der Kommandeurtagung zu einer anderen Lagebeurteilung als sein Minister: „Der Bericht des Beauftragten für Erziehung und Ausbildung in den Streitkräften beschreibt die Realität“. - „Ich sehe wie Sie mit Sorge, dass die Stimmung in der Truppe schlechter wird und Leistungsbereitschaft, Motivation und Berufszufriedenheit leiden“. - „Durchgängig beklagen besonders Berufs- und Zeitsoldaten, dass sich ihre finanzielle Situation kontinuierlich verschlechtert hat. Oft ist es nicht eine konkrete Einzelmaßnahme – es ist die Gesamtheit der finanziellen und materiellen Einbußen, die als `Nadelstiche´ und als mangelnde Fürsorge empfunden werden.“ Und: „Die Truppe sieht eine immer größere Schere zwischen Auftrag und Mittel“ (Rede am 09.04.2002).

Die Diskussionen auf der Kommandeurtagung verdeutlichen, dass die „militärische Führung der Bundeswehr ... ihrer politischen Spitze das Misstrauen erklärt.“ (Der Tagesspiegel, 10.04.2002) Der Chef der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg, Generalmajor Hans-Christian Beck, stellt sogar die Frage, „ob die politische Führung ein inneres Verhältnis zu den Streitkräften hat“.

Die Tagung geht mit einem Eklat zu Ende. Als offenen Ausdruck des Misstrauens werten die Kommandeure die Order Scharpings, ihm die Mitschnitte von dem Teil der Tagung zu geben, an dem er selbst nicht anwesend war - darunter auch die Diskussionen, die vertraulich geführt wurden. Scharping erhebt diese Forderung, obwohl seine Parlamentarische Staatssekretärin Schulte anwesend war und ihn somit hätte unterrichten können.

Der Vorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbandes, Oberst Bernhard Gertz, erklärt daraufhin der „Passauer Neuen Presse“, das Vertrauensverhältnis zur politischen Leitung sei „so schwerwiegend erschüttert, wie wir es in der Vergangenheit noch nicht erlebt haben“ (12.04.2002).

Kritik vom Deutschen BundeswehrVerband

Der Vorsitzende des BundeswehrVerbandes hat schon vor der Kommandeurtagung die Mängel der Scharping'schen Bundeswehrreform und die politische Schwäche des Verteidigungsministers kritisiert: „Die entscheidende Schwäche in Scharpings Plänen ist, dass er für die von ihm entschiedene (Bundeswehr-)Struktur kein seriöses Finanzierungsmodell hat.“ Weiter heißt es: „Es ist offensichtlich: Diese Bundesregierung hat mit der Bundeswehr nichts am Hut. Aber sie nimmt gleichzeitig die Streitkräfte mit ungeheurerlicher Selbstverständlichkeit in Anspruch.“ (Hamburger Abendblatt, 21.12.2000). Über Rudolf Scharping urteilt Gertz: „Für mich ist Herr Scharping der mit Abstand schwächste Verteidigungsminister, den die Bundesrepublik je hatte.“ (Berliner Morgenpost, 09.03.2001). Im März 2002 bezeichnet Gertz den Verteidigungsminister als „lame duck“, ein aus dem englischen Sprachraum stammender Politikbegriff, der das mangelnde Durchsetzungsvermögen eines Politikers, dessen Amtszeit sich dem Ende zuneigt, zum Ausdruck bringt (Deutscher BundeswehrVerband, Presseinformation Nr. 4/2002, 13.März 2002). Kurz darauf ergänzt Oberst Gertz, der Verteidigungsminister „hat kein Standing“. Daher könne Scharping „politisch nichts mehr bewegen“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.03.2002).

Nachdem Rudolf Scharping sich über die Kritik des Vorsitzenden des BundeswehrVerbandes beschwert hatte, erklärt Gertz: „Soll ich bei einem Minister, der so eklatant versagt wie dieser, die Klappe halten?“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.03.2002). Treffend bezeichnet Gertz schließlich die restliche Amtszeit Scharpings als „Phase des Überwinterns“ für die Bundeswehr (Leipziger Volkszeitung, 19.03.2002).

Das Attraktivitätsprogramm für die Bundeswehr

Das Attraktivitätsprogramm hat Scharping mit lautem Getöse angekündigt. Letztlich kann er seine Zusagen nach Widerstand des Finanzministers erst mit 6-monatiger Verzögerung einlösen. Damit löst er gewaltigen Unmut unter den Soldaten aus. Noch immer sind zahlreiche Kompaniechefs nicht auf die Besoldungsstufe A 12 befördert worden. Die dafür neugeschaffenen, ca. 1.760 A 12-Dienstposten gehen zu Lasten der A 11-Dienstposten. Von einer Auflösung des Beförderungs- und Verwendungstaus kann keine Rede sein, er wird nur verlagert. Auch bei der

Personalregeneration redet Scharping die Lage schön. Bei den Bewerberzahlen für die Laufbahnen der Offiziere und Unteroffiziere hat sich die Talfahrt von 1998-2000 fortgesetzt. 2001 konnte zwar ein leichter Anstieg verzeichnet werden, doch bleibt unerwähnt, dass vor allem die Öffnung aller Laufbahnen für Frauen zur Verbesserung beigetragen hat. Von einer Trendwende kann jedenfalls noch lange nicht gesprochen werden. Scharping ist weiter davon überzeugt, ca. 200.000 Berufs- und Zeitsoldaten für die Bundeswehr gewinnen zu können. Von diesem Ziel ist Scharping weiter ca. 15.000 Mann entfernt. Die Zahl 200.000 wird bei realistischer Betrachtung nicht annähernd erreicht werden, zumal, wenn sich die Konjunktur wieder bessern sollte. Auf die seit dem Wahlsieg der rot-grünen Koalition 1998 zugesagte Erhöhung des Wehrsoldes warten die Wehrpflichtigen noch heute.

Airbus-Debakel

Am 19.06.2001 vereinbarten die Verteidigungsminister von acht europäischen Staaten die Entwicklung und Beschaffung eines militärischen Transportflugzeuges. Deutschland bestellt mit 73 Maschinen die höchste Stückzahl der Flugzeuge vom Typ Airbus A 400 M. Bei dieser Vereinbarung handelt es sich vorerst um eine reine Absichtserklärung.

Doch Scharping fehlt das Geld für 73 Maschinen. Im Bundeswehretat sind hierfür lediglich 5,1 Milliarden€ als Verpflichtungserklärung eingeplant, womit nur 40 Maschinen finanziert werden können. Die tatsächlichen Kosten werden aber auf ca. 9,5 Milliarden € geschätzt. Zudem unterliegt das Beschaffungsvorhaben noch der Zustimmung des Deutschen Bundestags.

Dennoch will Scharping den Kaufvertrag noch im Jahr 2001 unterschreiben. Die „haushalterischen Voraussetzungen“, so Scharping, sollen dann im Jahr 2003 geschaffen werden, so dass der Vertrag mit dem Vorbehalt des Parlaments unterschrieben werde (Welt, 13.12.2001). Hingegen meint der SPD-Haushaltspolitiker, Volker Kröning, aufgrund des Parlamentsvorbehaltes könne nur eine erste Tranche über 40 Maschinen und eine Option für die restlichen Transporter mit der Industrie vereinbart werden. Diese Option sei dann „schwebend wirksam“. Ein Vertrag über 73 Maschinen wäre dagegen „schwebend unwirksam“ (Berliner Zeitung, 14.12.2001).

Am 18.12.2001 unterzeichnen die Verteidigungsminister der beteiligten europäischen Staaten den Vertrag über die Airbusbeschaffung. In dem so genannten „Memo-

randum of Understanding“ steht, dass die Bestellung unter dem Vorbehalt der parlamentarischen Zustimmung liegt. Dazu die Frankfurter Allgemeine Zeitung: „Mit der Unterzeichnung des `Memorandum of Understanding´ in Brüssel ist mit Verteidigungsminister Scharping erstmals ein deutsches Regierungsmitglied die Verpflichtung zur Teilnahme an einem milliardenschweren Rüstungsprojekt eingegangen, ohne sich zuvor der Zustimmung des Bundestags zu vergewissern.“ (19.12.2001).

Dabei verpflichtet sich Scharping, bis zum 31.01.2002 eine rechtsverbindliche Zusage für die Beschaffung von 73 Flugzeugen abzugeben. Eine Abnahme von lediglich 40 Maschinen würde die Gesamtkalkulation des Vorhabens ins Wanken bringen. Deshalb behalten sich die Partnerländer den Ausstieg aus dem Projekt vor, wenn Deutschland bis Ende Januar keine Rechtsverbindlichkeit herstellt.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt grundsätzlich das Beschaffungsvorhaben, fordert aber einen Nachtragshaushalt, um eine rechtlich korrekte Finanzierung sicherzustellen (Bundestags-Drucksache 14/8077, 24.01.2002). Für die rot-grüne Bundesregierung, die sich gerne als eiserner Sparer präsentieren möchte, kommt aber ein Nachtragshaushalt im Wahljahr nicht in Frage.

Dennoch beschließt die rot-grüne Bundestagsmehrheit am 24.01.2002 das Beschaffungsvorhaben. Die noch nicht bewilligten Mittel sollen „im Gesetzgebungsverfahren zum Haushalt 2003“ bereitgestellt werden (Bundestags-Drucksache 14/8024, 22.01.2002). Damit soll der Bundestag auf die Bewilligung von weiteren 3,5 Milliarden € durch einen einfachen Bundestagsantrag verpflichtet werden. Dieses Vorgehen verstößt gegen die Prinzipien der Verfassung, denn die Staatsausgaben müssen durch ein ordentliches Haushaltsgesetz bestimmt werden. Daraufhin geht die CDU/CSU-Bundestagsfraktion – unterstützt von der FDP-Bundestagsfraktion – vor das Bundesverfassungsgericht, um der Bundesregierung untersagen zu lassen, Erklärungen abzugeben, die für den Bundestag bei seinen künftigen Haushaltsentscheidungen eine Präjudizierung in Höhe von mehreren Milliarden € bewirken würde.

Über Scharpings Verhalten im Zusammenhang mit der Airbusbeschaffung heißt es in der Financial Times Deutschland: „Im Gezerre um die Finanzierung der Flugzeuge hat er sich als so hinterlistig entpuppt, dass ihm jetzt kaum noch jemand traut“ (28.01.2002). Die verteidigungspolitische Sprecherin der Grünen, Angelika Beer, spricht von „Arroganz gegenüber dem Parlament“ (Financial Times Deutschland, 28.01.2002).

Vor dem Bundesverfassungsgericht lenkt Scharping am 29.01.2002 ein: Der Bundestagsbeschluss vom 24. Januar sei lediglich ein politisches Signal für das Airbusprojekt und beinhalte keine rechtlichen Bindungen, die den Bundestag in seinen zukünftigen Entscheidungen festlegen würden.

Doch damit kann Scharping die von den europäischen Partnern bis zum 31. Januar geforderte Zusage, 73 Maschinen zu beschaffen, nicht mehr eingehen. Der grüne Haushaltspolitiker Oswald Metzger kritisiert, Scharping habe die Vereinbarung mit den europäischen Partnern unter den Vorbehalt einer haushaltsrechtlichen Absicherung gestellt, „wissend, dass das haushaltsrechtlich nie und nimmer geht“. Scharping habe, „ohne jede Einschränkung“ ein schlechtes Handling bewiesen (Handelsblatt, 30.01.2002).

Zwei Tage nach Scharpings Erklärung beim Bundesverfassungsgericht unterzeichnen die europäischen Projektpartner den Vertrag über das Airbusprojekt. In der Öffentlichkeit verschweigt Scharping zunächst eine von ihm unterschriebene Nebenvereinbarung, die Deutschland zu Schadenersatz verpflichtet, falls doch nur 40 Maschinen bestellt werden sollten. Laut Scharpings Staatssekretär, Walter Stützle, könnte sich dieser auf über 3 Milliarden € summieren (Handelsblatt, 19.02.2002). Der Bundestag steht nun vor der Alternative, 3,5 Milliarden € für weitere 35 Maschinen zu bewilligen, 3 Milliarden € für den Schadenersatz aufzubringen oder erheblich weniger als 40 Maschinen für 5,1 Milliarden € zu bekommen. Das Handelsblatt urteilt: „Ungeheimer hat selten ein Minister das Hoheitsrecht des Parlaments missachtet.“ (19.02.2002).

Kröning (SPD) bezeichnet Scharpings Nebenerklärung als „offenbar rechtswidrig“ (Spiegel Online, 11.03.2002). Der Bundesrechnungshof urteilt, das Verteidigungsministerium verstoße „erneut gegen die Bundeshaushaltsverordnung“ (Spiegel Online, 08.03.2002). Die grünen Haushaltspolitiker Oswald Metzger, Antje Hermenau und Franziska Eichstädt-Bohlig legen am 11.03.2002 eine Papier vor, in dem sie feststellen: „Die Vorgehensweise des BMVg verstößt gegen den Beschluss des Deutschen Bundestages vom 24. Januar 2002 und gegen die Haushaltsordnung. Das vom BMVg geplante weitere Vorgehen würde das von der Verfassung garantierte Budgetrecht des Parlaments verletzen.“

Am 20.03.2002 gibt der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags 5,1 Milliarden € für die Bestellung von 40 Maschinen frei, nachdem Scharping zugesichert hat, es entstünden keine Schadenersatzansprüche, die über diese Summe

hinausgingen, falls Deutschland nicht 73 Flugzeuge erwerben werde. Der Tagespiegel urteilt am folgenden Tag über die Airbus-Debatte: „Die Querelen des letzten Vierteljahres verdankten sich ausschließlich der Tatsache, dass der Bundesminister der Verteidigung das Haushaltsrecht nicht so wichtig nahm. Er hat sich selbst damit einen peinlichen Auftritt vor dem Verfassungsgericht eingebrockt und wegen notorischer Uneinsichtigkeit anschließend der Koalition auch noch eine mittlere Krise.“

Scharping – ein Auslaufmodell

Im April 2002 verkündet Scharping, er sei sich „mit Schröder einig“, dass er im Falle eines SPD-Wahlsiegs Verteidigungsminister bleibe. Bundeskanzler Schröder erklärt aber wenig später, er wolle nicht an allen Ministern festhalten. Er nennt einige Kabinettsmitglieder, die ihre Ämter behalten sollen. Auch auf Nachfrage nennt der Bundeskanzler Scharping nicht. Vielmehr erklärt er, er habe nicht vor, „in irgendeinem Punkt Personalia vor dem 22. September vorwegzunehmen.“ (Berliner Zeitung, 16.04.2002). Der Generalanzeiger Bonn urteilt am gleichen Tag treffend: „Und diese Geste kann durchaus auch den Einstieg in den politischen Ausstieg Rudolf Scharpings markieren.“

Die Zeit des „Überwinterns“ ist für die Bundeswehr bald vorbei, denn am 22. September ist Frühlingsanfang.